

Positionspapier Wirtschafts- und Finanzpolitik

I. Einleitung

Die Jungfreisinnigen Kanton Zürich (JFZH) verstehen sich als liberale Speerspitze im Kampf für die Freiheit und gegen Bevormundung durch den Staat. Wir setzen uns für eine konsequente, liberale Wirtschaftspolitik ein und fürchten uns nicht davor, neue und kritische Themen anzusprechen.

II. Abschaffung unnötiger Regulierungen

Die Jungfreisinnigen lehnen Eingriffe in die unternehmerische Entscheidungs- und Handlungsfreiheit nicht-staatlicher Organisationen durch den Staat strikte ab.

Forderungen

- Keine vorgeschriebenen Quoten oder Kontingente, und keine Subventionen: der staatliche Einfluss auf die Wirtschaft muss auf ein Minimum beschränkt werden.
- Unternehmen soll bei der Festlegung der Saläre freie Hand gelassen werden.
- Unternehmen sollen selbständig über ihre Öffnungszeiten entscheiden können, sei das am Tag, in der Nacht oder am Wochenende (inkl. Sonntag).
- Lockerung des Denkmalschutzes und mehr Konsistenz in dessen Umsetzung: Bauunternehmer sollen keiner amtlichen Willkür ausgesetzt werden.
- Lockerung des Betäubungsmittelgesetzes: der Konsum von Drogen soll vollumfänglich legalisiert und deren Vertrieb gestattet werden.

III. Unternehmerfreundliche Wirtschaftspolitik

Die Jungfreisinnigen setzen sich für einen starken Wirtschaftsstandort Zürich und attraktive Bedingungen für Unternehmer ein.

Forderungen

- Unternehmen mit öffentlichen Mitteln sollen gegenüber Privatunternehmen keinen systematischen Vorteil erhalten: Transparenz bei der Auftragsvergabe.
- Verstaatlichung nur subsidiär und nur bei Dringlichkeit: öffentliche Betriebe sollen nur Aufgaben erhalten, die aufgrund demographischer und geographischer Gegebenheiten nicht von privaten Akteuren erbracht werden können. Voraussetzung dafür ist, dass es sich um zwingend erforderliche Aufgaben handelt.

IV. Verwaltung nach ökonomischen Prinzipien

Die Jungfreisinnigen setzen sich für einen schlanken und effizient geführten Staat ein, damit die steuerliche Belastung der Bürger minimal ist.

Forderungen

- Effiziente Führung der Verwaltung durch das ökonomische Prinzip des New Public Management.
- Vereinfachung des Informationsaustauschs zwischen Ämtern, um Leitwege zu verkürzen und Wartezeiten zu minimieren.
- Mehr Kostentransparenz in der Verwaltung, damit missbräuchliche Ausgaben frühzeitig aufgedeckt werden können.

V. Abbau von Bürokratie

Administrative Hürden behindern die Wirtschaft und insbesondere hunderte Zürcher KMU tagtäglich an der Arbeit. Deshalb sind administrative Hürden auf ein Minimum zu begrenzen, Formulare zu vereinfachen und Gesetze periodisch auf ihre Zeitgemässheit zu überprüfen.

Forderungen

- Unternehmen dürfen nicht durch administrative oder steuerliche Massnahmen an der Marktteilnahme gehindert werden.
- Schaffung attraktiver Bedingungen für Startups: bessere Einbindung von Startups ins lokale Gewerbe, und Abschaffung ungerechtfertigter Eintrittshürden.
- Vollständige Liberalisierung des von Gesetzen erdrückten Zürcher Taximarkt sowie der Kinderkrippen.

VI. Steuerpolitik

Jeder zusätzliche private Franken, welcher für Investitionen oder Konsum zur Verfügung steht, stellt einen gewonnen Franken für die Wirtschaft dar. Ein tiefer Steuersatz steigert zudem die Attraktivität von Zürich für Unternehmen und Privatpersonen. Aus diesen Gründen sind die Steuern auf kantonaler Ebene so tief wie möglich zu halten.

Forderungen

- Anpassung des kommunalen und kantonalen Finanzausgleichs mit dem langfristigen Ziel derer Abschaffung. Ausserdem sollen die damit verbundenen Fehlanreize behoben werden.
- Schnellstmögliche Ausarbeitung einer neuen Unternehmenssteuerreform welche die Konkurrenzfähigkeit des zürcherischen und gesamtschweizerischen Marktplatzes sicherstellt.
- Keine Umverteilung.